

2.300 zusätzliche Plätze vorgesehen. Im Haushalt wird der Etat dabei von 9,2 Millionen auf 13,8 Millionen € erhöht.

Es gibt aber auch noch weitere wichtige Vorhaben, wie zum Beispiel Forschungsprojekte zur Erforschung des gewaltbereiten Salafismus und von Radikalisierungsprozessen junger Männer und Frauen. Hierzu gibt es 400.000 € zusätzlich im Haushalt. Damit wird eine Grundlagenforschung zur Erforschung des radikalen Salafismus ermöglicht, was Präventions- und Deradikalisierungsmaßnahmen auch voranbringt.

Eine weitere wichtige Veränderung ist der Etat zur Förderung der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft, der derzeit 15 Forschungsinstitute aus NRW angehören. Hier wird es auch zusätzliche 400.000 € zum bisherigen Ansatz geben.

Eine sehr erfreuliche Unterstützung kommt dem Engagement von Studierenden bei der Flüchtlingsarbeit zugute. Mit zusätzlichen Mitteln von 200.000 € wird diese Arbeit auch gewürdigt.

Der Haushalt für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung reagiert dabei auf wichtige gesellschaftliche Entwicklungen und tätigt die richtigen Investitionen. Ich empfehle an dieser Stelle in aller Kürze die Zustimmung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bas. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10506, den Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen** mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion der Piraten.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 03
Ministerium für Inneres und Kommunales**

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10386

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10387

In Verbindung mit:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2016

Ich möchte noch einen Hinweis geben: erstens auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10503** zum Einzelplan 03, zweitens auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10517** zum Gemeindefinanzierungsgesetz.

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Theo Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sowohl der Gesamthaushalt 2016 der rot-grünen Landesregierung als auch der Einzelplan 03 des Innenministeriums verdeutlichen, dass dieser Landesregierung jeglicher Wille zur Strukturveränderung fehlt

(Widerspruch von der SPD)

und sie den hochpolitischen Zeitabläufen nicht gewachsen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor dem Hintergrund der allgemeinen politischen Lage, der extremistischen und terroristischen Bedrohung, der angespannten Sicherheitslage insgesamt und der desolaten öffentlichen Finanzlage in Nordrhein-Westfalen ist die Konzentration auf die Kernaufgabe des Staates mehr als angebracht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor 14 Tagen, im letzten Innenausschuss, habe ich dem federführenden Fachminister, Herrn Minister Jäger, vorgeworfen, dass Nordrhein-Westfalen sein Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann. Diesen Vorwurf wiederhole ich heute im Zusammenhang mit der Haushaltsdebatte und weise nochmals daraufhin, dass der Staat seinen Bürgern ein Höchstmaß an Sicherheit schuldet.

(Beifall von der CDU)

Die organisierte Sicherheit durch den Staat ist eine wesentliche Säule unserer demokratischen Gesellschaft. Die Vermeidung von Straftaten und die Bekämpfung von Kriminalität liegen in Deutschland in der Zuständigkeit der 16 Länder. Wenn wie in Nordrhein-Westfalen die Sicherheit zunehmend käuflich wird und die Bürger von Herrn Minister Jäger sozusagen aufgefordert werden, ihre Wohnung und ihr Eigentum selbst zu schützen, ist dies in Wirklichkeit eine schleichende Bankrotterklärung der rot-grünen Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das schlechteste Flächenland im Ländervergleich.

Hinzu kommen weitere besorgniserregende Entwicklungen in nahezu allen sicherheitsrelevanten Themen: bei Wohnungseinbrüchen, bei der Gewalt gegen Polizeibeamte, bei verfassungsfeindlichen Bestrebungen, Stichwort: Salafismus, bei rechter und linker Gewalt, bei politisch motivierter Ausländerkriminalität, bei der Rockerkriminalität, bei der Entstehung von sogenannten No-go-Areas usw.

Wir machen Herrn Minister Jäger den Vorwurf, dass er als verantwortlicher und federführender Fachminister im einwohnerzahlenmäßig größten Bundesland nach wie vor kein geeignetes Gegenkonzept, kein Gesamtkonzept auf den Weg bringt, das den beschriebenen Bedrohungsszenarien und den Herausforderungen insgesamt gerecht wird.

(Beifall von der CDU)

Wenn sich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Nordrhein-Westfalen die organisierte Kriminalität erhöht, wenn sich die Rockerbanden ausbreiten, wenn die salafistische Szene insgesamt zunimmt und vor allen Dingen die Einbruchszahlen drastisch steigen, sollte Herr Minister Jäger endlich aufhören, dies damit zu begründen, dass diese Entwicklung mit der besonderen Struktur in Nordrhein-Westfalen zusammenhängen würde.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir sind in Düsseldorf, nicht in Gotham City!)

Die Begründungen, dass es in Nordrhein-Westfalen – so nach seinen wiederholten Ausführungen in den letzten Jahren – viele Großstädte, gute Verkehrswege, Flughäfen und Messen gebe – Bundesligaspiele kommen hinzu –, sind absurd, ja unverantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Denn vergleicht man die Aufklärungsquoten in den deutschen Großstädten, so wird sehr schnell deutlich, dass Großstädte nicht zwangsläufig ermittlungsfreie Zonen sind. Aus Zeitgründen möchte ich mir eine Auflistung ersparen und lediglich darauf hinweisen, dass auch München, dass auch Nürnberg, dass auch Frankfurt eine entsprechende Infrastruktur wie Köln, Düsseldorf oder Essen aufweisen und gleichwohl dort die Aufklärungsquoten deutlich besser sind.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Fraktion hat in den letzten Monaten ihrer Aufgabe als Oppositionsfraktion entsprochen. Wir haben eine ganze Reihe von Vorschlägen und Initiativen ergriffen. Aus Zeitgründen möchte ich nur einige wenige nennen.

Erstens: Erhöhung des Kripoanteils am Gesamtpersonalbestand der Polizei. Zweitens: Öffnung des Polizeiberufs auch für Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen.

(Beifall von der CDU)

Drittens: Die Reform der Polizeiausbildung insgesamt im Sinne einer früheren Spezialisierung. – Ergänzend dazu liegen heute zwei Änderungsanträge zur Abstimmung über den Einzelplan 03 auf dem Tisch.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, parallel zu dieser besorgniserregenden Gesamtentwicklung auf dem Gebiet der inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen vernehmen wir zunehmend auch die Klagen der Kollegen aus allen Polizeigewerkschaften über die Belastungssituation der Polizei insgesamt.

Wir stellen ergänzend dazu fest, dass die Bürgerinnen und Bürger zunehmend ihre Sicherheit deswegen selbst in die Hand nehmen, weil überall Bürgerstreifen und Bürgerpolizeien entstehen und Sie damit – daher bin ich froh, Herr Justizminister Kutschaty, dass Sie heute den Innenminister vertreten, der aus verständlichen Gründen in Koblenz verweilt – eine schleichende Erosion unseres Rechtsstaats erleben, die Sie eigentlich nicht zulassen können. Die Bürger verlieren zunehmend das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Da gilt es gegenzusteuern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir von rechtsfreien Räumen in Nordrhein-Westfalen sprechen, in denen ausländische Familienclans das staatliche Gewaltmonopol unter sich aufteilen und sich Polizeibeamte sozusagen nicht mehr trauen, da hineinzufahren, ist das eine fatale und verheerende Entwicklung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir brauchen eine klare Gesamtstrategie, ein Gesamtkonzept, eine Konzentration, wie gesagt, auf die Kernaufgabe des Staates. Sorgen Sie, Herr Kutschaty, als Justizminister dafür, dass die Bürger das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates nicht noch weiter verlieren.

Da im vorliegenden Einzelplan 03 in dieser Hinsicht kein Ansatz zu erkennen ist, können wir als CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Ich darf ergänzend hinzufügen: Ich halte es, Herr Körfges und Herr Stotko – er sitzt hinter mir und wartet auf seinen Redebeitrag –, für nicht angemessen – ich sage das in aller Nachdenklichkeit –, dass wir um diese Stunde zu diesem Themenfeld vor dem kurz angesprochenen Hintergrund der allgemeinen Sicherheitslage sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit hierüber beraten.

(Nadja Lüders [SPD]: Mit Ihrer Fraktion im Ältestenrat beschlossen! – Gegenruf von Marc Lürbke [FDP])

Ich darf in Erinnerung rufen: 2012 war das der erste Tagesordnungspunkt bei Haushaltsplanberatungen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie haben Ihren Kollegen schon so viel Angst gemacht, die sind alle nach Hause!)

– Sie sind verantwortlich im Land Nordrhein-Westfalen. Ich bedaure dies nur. Das heißt nicht, dass wir in den nächsten ... – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Kruse, das können wir kurz machen: Wir haben schlechte Erfahrungen damit, wenn der Einzelplan 03 als Erstes beraten wird. Denn als ich hier mal eine lange Rede dazu gehalten habe, wurde danach das Parlament aufgelöst.

(Theo Kruse [CDU]: Ich weiß!)

Wir haben ein bisschen Angst, dass das mehrmals vorkommt.

(Theo Kruse [CDU]: Ich weiß! – Michael Hübner [SPD]: Wir haben davor keine Angst!)

Wir haben im Ältestenrat die Tagesordnung festgelegt. Im Ältestenrat sitzen auch Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer und Ihr Fraktionsvorstand. Dass wir alle eine frühere Beratung schöner finden würden, darüber sind wir uns ja einig.

(Theo Kruse [CDU]: Das ist ja was!)

Wir wollen dies auch nicht abends beraten. Aber allen anderen Einzelplänen geht es auch so.

Aber, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, nach den Anschlägen von Paris haben die Sicherheitsbehörden in ganz Deutschland weitere Maßnahmen für die Sicherheit in Deutschland ergriffen, so auch wir in Nordrhein-Westfalen. Denn Sicherheit in Freiheit ist in Europa keine Selbstverständlichkeit. Sicherheit ist unter anderem das Ergebnis ständiger Wachsamkeit und des Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, Tag und Nacht, also auch zu dieser späten Stunde. Ihnen allen möchte ich ausdrücklich im Namen der SPD-Landtagsfraktion an dieser Stelle für ihre tolle Arbeit danken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die momentane Lage löst bei vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen Sorge und teilweise Ängste aus. Eine Garantie gegen Anschläge gibt es nämlich, wie wir alle wissen, nicht. Deswegen muss man das auch in aller Offenheit sagen. Wir müssen aber auch offen darüber diskutieren und auch durch unser politisches Handeln fraktionsübergreifend klarmachen, dass man solche Ängste auch entkräften kann. Dazu hat Ihre Rede, Herr Kollege Kruse, gerade nicht viel beigetragen. Das setzt nämlich vo-

raus, dass wir durchaus auch in Ihrem Sinne die Lage ehrlich und ungeschönt analysieren sowie Probleme zügig und mit Nachdruck angehen.

Deswegen will ich hier auch klar sagen: Wir müssen verhindern, dass Rechtsextremisten diese Ängste der Menschen instrumentalisieren; denn offenbar ist bei einigen – auch über den engsten Kreis dieser Rechtsextremisten hinaus – offene Hetze bis hin zu Aufrufen zu Gewalt gegen Flüchtlinge inzwischen so etwas wie gesellschaftsfähig geworden.

(Beifall von der SPD)

– Danke. Das kommt etwas zu früh. – Wir sagen hierzu aber deutlich – das gilt übrigens auch für den Innenminister – gemeinsam: Jeder Fall dieser Hetze wird verfolgt, zur Anzeige gebracht und den Justizbehörden vorgelegt; denn jedem dieser Hetzer rufen wir aus diesem Parlament zu: Unsere wehrhafte Demokratie geht mit aller Entschlossenheit gegen ihre Feinde vor.

(Beifall von der SPD)

Entgegen Ihrer Auffassung, Kollege Kruse, haben wir mit dem hier nun vorliegenden Einzelplan 03 eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sicherer leben können. Woraus entnehmen wir das? Na, aus berufenem Munde. Ich will es einmal deutlich sagen: Ein besseres Lob als das des GdP-Landesvorsitzenden Arnold Plickert können wir doch gar nicht bekommen. Der hat öffentlich in einer Pressemitteilung verkündet, die Einstellungszahlen im nordrhein-westfälischen Haushalt seien vorbildlich. Man höre und staune: Vorbildlich!

(Beifall von der SPD)

Das klingt nicht irgendwie wie Ihre sonstige Rhetorik: Das ist noch immer nicht genug. – Nein, er hat sie als vorbildlich bezeichnet. Und ich sage einmal: Selbst Ihnen gelingt es nicht mehr, gegen 1.920 Einstellungsermächtigungen auch nur irgendetwas Schlechtes ins Feld zu führen.

(Theo Kruse [CDU]: Will auch keiner!)

Das ist ein klares Signal dieser Regierung und dieser Fraktionen. Sie haben es nicht geschafft, wir tun es! Denn dieses Signal geht deutlich über die geforderten 1.800 Stellen hinaus, die man von uns eigentlich nur haben wollte.

Ich will klar sagen: Wir werden in 2016 in Nordrhein-Westfalen bei der Polizei mit fast 46.000 Stellen den höchsten Stand der letzten Jahre und insbesondere seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 2010 haben. Dieses deutliche Signal für innere Sicherheit können wir hier jedem deutlich erklären.

Ich möchte es zu dieser späten Stunde nicht übertreiben, aber – weil wir eine Haushaltsdebatte haben – noch einmal zwei Maßnahmen besonders erwähnen: erstens, dass wir 20 Millionen € frisches

Geld für die Umsetzung des E-Government-Gesetzes und der IT-Sicherheitsleitlinie in die Hand nehmen, und zweitens legen wir – das sage ich für die Kommunalen unter den Oppositionspolitikern – 8 Millionen € für Feuerschutz und Hilfeleistung obendrauf. Das ist keine Selbstverständlichkeit in Zeiten knapper Kassen. Wir nehmen dieses Geld in die Hand, weil es für die Betroffenen und die Projekte genau das Richtige ist.

Ich komme nun zu den vorliegenden Änderungsanträgen. Mit dem vorliegenden rot-grünen Antrag zur Stärkung des Verfassungsschutzes mit 25 weiteren Stellen wird – das will ich hier ausdrücklich sagen – ein klares Zeichen für die Bekämpfung extremistischer Kräfte gesetzt. Wir sind seitens der Innenpolitik den Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen sehr dankbar, dass sie diesen Antrag schnell, unkompliziert und mit großer Verantwortung unterstützt haben. Das ist nicht so eine Unterstützung, wie sie sie von FDP und Piraten bekommen.

Mich wundert nämlich ein wenig – Herr Kollege Lürbke, Sie werden es ja gleich aufklären –, dass sich die FDP im Innenausschuss zu diesem Antrag enthalten hat, während sie im Haushalts- und Finanzausschuss dagegen gestimmt hat. Sie werden uns gleich erklären, was die Wandlung in den letzten Tagen bedeutet.

(Beifall von der SPD)

Ich will es nur einmal klarmachen: Der Fachpolitiker hat sich enthalten, die Haushälter haben dagegen gestimmt!

Liebe Piraten, manches wundert mich am Ende nicht mehr: Im Innenausschuss aber haben Sie für den Antrag gestimmt und im Haushalts- und Finanzausschuss dagegen. Bei Ihnen muss ich das nicht mehr erklären. Das sind einfach die Piraten. Es ist so, wie es ist; darum müssen wir uns nicht kümmern.

Kollege Kruse, ich komme kurz zu Ihren Anträgen, den Anträgen seitens der CDU. Zum ersten Antrag: Das Digitale Kompetenzzentrum haben wir gestern behandelt. Die 5 Millionen € können Sie sich sparen. Das bringt nichts. Wir brauchen auch kein Geld dafür.

Der zweite Antrag ist – ich sage das ausdrücklich – ein Showantrag. Sie sagen, wir würden 5 Millionen € für neue Westen benötigen. Das ist – Sie wissen das seit der letzten Innenausschusssitzung – falsch. Das Geld ist im Haushalt vorhanden. Der Innenminister hat in der letzten Ausschusssitzung deutlich formuliert: Es fehlt nicht an Geld, es fehlt an den Liefermöglichkeiten der Hersteller. Also brauchen wir die 5 Millionen € für die Westen nicht. Sie werden auch ohne Ihr Geld kommen. – Deshalb werden wir Ihren Anträgen nicht zustimmen können.

Ich komme zum Schluss. Der Einzelplan 03 ist derjenige, der im Jahr 2016 zu einem der stärksten

Zuwächse in personeller und sächlicher Hinsicht führen wird. Wir möchten hierfür der Landesregierung und auch den regierungstragenden Fraktionen ausdrücklich danken, die sowohl die Flüchtlingssituation als auch die Gefährdung der inneren Sicherheit berücksichtigt haben.

Durch eine solche gemeinsame Kraftanstrengung wird deutlich, dass die regierungstragenden Fraktionen und die Regierung ein eindeutiges Bekenntnis für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger im Land Nordrhein-Westfalen abgeben. Deshalb gehe ich fest davon aus, dass auch die Oppositionsfraktionen diesem Einzelplan doch zustimmen können. – Besten Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Besten Dank, Herr Kollege Stotko. – Und für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Marc Lürbke.

Marc Lürbke (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zu Beginn Herrn Kruse recht geben, denn auch ich finde es hochgradig schade und auch ein Stück weit ärgerlich, dass wir in diesen Zeiten von Terror und Flüchtlingskrise zu dieser fast nächtlichen Stunde den so wichtigen Einzelplan 03 beraten, damit der Innenminister die Chance bekommt, von der IMK kommand hier noch an der Sitzung teilzunehmen. Und dann ist er dennoch nicht da. Sei's drum, Herr Kutschaty, ich freue mich über Ihre Anwesenheit. Die Liste seines Scheiterns hätte ich dem Innenminister auch gerne noch einmal persönlich vor Augen geführt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Widerspruch von der SPD)

– Ja, es ist Zeit, Bilanz zu ziehen, denn fünf Haushaltsjahre sind herum, in denen Minister Jäger die volle Verantwortung für die Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen trägt. Und was durften wir nicht alles in dieser Zeit erleben? Machen wir die Liste doch einmal auf.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie müssen doch Tränen in den Augen haben bei dem, was Sie da sagen!)

Er war wegen der Vauth-Affäre um dubiose Gutachten und Dankeschön-Spenden arg in Bedrängnis.

Nach der Katastrophe der Loveparade hat er einen Katalog von Maßnahmen angekündigt. Umgesetzt wurden aber kaum welche davon.

Wegen der rechten HoGeSa-Krawalle in Köln stand er massiv in der Kritik.

Aufgrund der Misshandlungen in Flüchtlingsunterkünften stand er stark unter Beschuss.

Er ist mit einem nicht angemeldeten Auto herumgefahren.

Er hat sich mit Rockern ablichten lassen. Er hat sich von einem Taschendieb bestehlen lassen.

Er war wegen zahlreicher weiterer Vorgänge unter Druck.

Unter ihm gab es Skandale beim SEK, peinliche Rap-Videos bei der Polizei, Mobbing bei Hundeführern, Abschiedsfotos auf Brückenpfeilern, Ausschreitungen von Salafisten in Solingen und Bonn, Attentatsversuche und Mordkomplotte von Islamisten.

Wir erlebten unter ihm neue Dimensionen der Fußballgewalt, Überfälle auf einen Fanbus auf der Autobahn und, und, und. All das gehört dazu. All das ist auch die Bilanz.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Düker zulassen?

Marc Lürbke (FDP): Erst einmal nicht. Ich führe es erst einmal fort. Vielen Dank.

Wir mussten in den letzten fünf Jahren neue Formen, neue Ausmaße der Gewalt gegen Polizeibeamte in diesem Land verzeichnen. Erstmals mussten wir ausgerechnet in der Heimatstadt es Innenministers No-Go-Areas in Nordrhein-Westfalen mit der Bereitschaftspolizei entgegenwirken.

Auch zu der Wahrheit zählt: In der Amtszeit dieses Innenministers gibt es eine bedenkliche Zunahme rassistischer und fremdenfeindlicher Angriffe. Erstmals 2014 landete NRW im Ländervergleich bedenklich weit vorne, sogar noch vor Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Die Zahl radikaler Islamisten und Salafisten hat sich seit 2014 auf über 2.000 vervierfacht.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist Quatsch! Das ist Quatsch!)

In den letzten fünf Jahren ist Nordrhein-Westfalen zum Exportland für Terror geworden. Mindestens 500 Gefährder tummeln sich in Nordrhein-Westfalen. 200 sind ausgereist. Es gibt 50 Rückkehrer. Meine Damen und Herren, das gehört zur Wahrheit! Hassprediger wie Hassan K. führen den Rechtsstaat und die Sicherheitsbehörden vor.

(Unruhe bei der SPD)

In keinem anderen Bundesland außer Berlin ist das Risiko von terroristischen Anschlägen so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Ich kann das fortführen.

Aber ein anderes Thema: Nehmen wir die Rockerkriminalität.

(Zuruf von der SPD)

Auch die Zahl der Rocker ist in Nordrhein-Westfalen auf 3.000 massiv angewachsen. Die Verbotsinitiative, die Offensive des Innenministers, ist doch erstickt. Verbote haben kaum gewirkt. Vermögen wurde kaum eingezogen, Gewalt nicht eingedämmt, Rocker und Familienclans schmieden Allianzen, sind auf Expansionskurs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir mit den Einbrüchen weiter. Es gibt historisch hohe Einbruchszahlen in Nordrhein-Westfalen, eine Steigerung von über 50 % seit 2015, stellenweise Aufklärungsquoten von unter 5 %. Die Kommission des Innenministeriums hat festgestellt, dass nur einer von 100 Einbrechern in Nordrhein-Westfalen tatsächlich ins Gefängnis geht. Das sind doch fatale Zahlen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Ralf Nettelstroth [CDU]: Verheerende Entwicklung!)

Übersetzt heißt das, der Beruf Einbrecher ist in Nordrhein-Westfalen nahezu risikoarm.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine fatale Bilanz.

Wir erleben einen Innenminister, dessen Konzepte in vielen wichtigen Bereichen nicht greifen – ich nenne Blitzmarathon, Fuß vom Gas, Riegel vor, Augen auf, Tasche zu, Kurve kriegen. Das alles waren wahrlich keine Erfolgsgeschichten.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Das belegen doch seine eigenen Zahlen. Das berichten Polizeigewerkschaften und Polizeiexperten. Das konstatiert auch seine eigene Kommission.

(Unruhe von der SPD)

– Hören Sie einmal zu, wenn die etwas sagen.

(Lachen von der SPD)

Wichtige Projekte dümpeln seit Jahren als Modellprojekte vor sich hin. Expertenvorschläge werden schlicht nicht umgesetzt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen – Herr Stotko, hören Sie mir bitte zu! –,

(Lachen von der SPD – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Sie und diese Landesregierung sonnen sich gerade darin, dass die Anwärterzahlen bei der Polizei erhöht werden. Ich habe bereits im Ausschuss gesagt: Das ist wichtig; dafür haben Sie unsere volle Unterstützung. Das haben wir auch massiv gefordert. Deswegen habe ich mich bei der Abstimmung darüber im Ausschuss auch enthalten.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Das Vorgehen ist ja auch gut und das ist richtig. Aber die Anwärter stehen – das wissen Sie auch – erst in drei Jahren ausgebildet zur Verfügung. Sie sind noch relativ unerfahren. Und zum Thema „Gewalt“ gehört auch: 360 Beamte wurden allein zur Terrorabwehr kompensationslos aus den Kreispolizeibehörden abgezogen.

Wir hören immer wieder, man könne Polizisten gar nicht ad hoc zur sofortigen personellen Verstärkung generieren. Auch das ist schlicht falsch. Ich will auch sagen, warum. Dem Innenminister liegt doch der Abschlussbericht der Expertenkommission vor, wie der Minister ad hoc weit über 1.000 Beamte generieren könnte – durch die Hebung von Synergieeffekten. Aber nichtsdestotrotz, dieser Bericht wird auf die lange Bank geschoben.

(Jochen Ott [SPD]: Werden Sie ein bisschen konkreter!)

Er wird weiter über Monate ausgewertet. Das ist dann auch keine Lösung für die Herausforderungen, denen wir uns hier stellen müssen.

Meine Damen und Herren, all diese Punkte werden den Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Lürbke. – Für die grüne Fraktion spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Einzige, was man dem Kollegen Lürbke zugutehalten kann, ist die Gnade der späten Geburt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Oh!)

Denn meine Zwischenfrage hätte sich darauf bezogen, ob Sie sich eigentlich noch an die Einstellungsermächtigung der Polizei in den Regierungsjahren von Schwarz-Gelb erinnern.

(Unruhe bei der FDP)

– Nein, da müssen Sie durch. Denn Sie betreiben einmal wieder Legendenbildung. Wir werden im nächsten Haushaltsjahr mit 1.920 Einstellungsermächtigungen eine so hohe Zahl an Einstellungsermächtigungen haben, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht hatten. Ihre Regierungszeit begann mit 500. Das ist ein Viertel davon.

(Zuruf von der CDU: Zusätzlich!)

In Ihrer Regierungszeit stand bei der Anzahl des Personals am Ende im Vergleich zum Beginn ein Minus.

Wir haben angefangen, hier wieder ein Plus zu schreiben. Wir liegen mit unseren Einstellungsermächtigungen über der Zahl der Pensionierungen. Damit schaffen wir einen Puffer.

Während, zum Vergleich, andere Bundesländern die Polizei abbauen, haben wir in den letzten Jahren – nicht erst nach den Anschlägen in Paris –, seit wir mit Regierung begonnen haben, zusätzlich Polizisten eingestellt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben erstens wegen des demografischen Faktors gehandelt und Polizisten zusätzlich eingestellt. Dann kam es zu den Anschlägen auf „Charlie Hebdo“. Darauf haben wir sofort mit zusätzlichen Einstellungen reagiert. Wir werden jetzt – Kollege Stotko hat es gerade dargestellt – noch einmal gezielt im Verfassungsschutz auf den spezifischen Bedarf reagieren und spezielle Kräfte einstellen.

Wir haben 250 Mehreinstellungen in 2015 und in 2016 für den Bereich Flüchtlinge, sodass wir auf die 1.920 Einstellungen in diesem Jahr kommen.

Herr Lürbke, es ist wider besseres Wissen, wenn Sie hier beteuern, dass Rot-Grün die Polizei schwäche. Nein, Sie haben in Ihrer Regierungszeit die Polizei geschwächt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben seit 2010 angefangen, die innere Sicherheit wieder zu stärken. So sieht es aus.

Ich finde es unverantwortlich, Herr Kruse – um das ganz klar zu sagen –, was Sie hier mit Ihrem Änderungsantrag – Herr Stotko ist in seiner Kritik noch sehr harmlos gewesen, was er sonst nicht ist – fordern.

Ich bezeichne Ihren Änderungsantrag nicht nur als völlig fehlgesteuert, sondern auch als brandgefährlich und wirklich unverantwortlich. Denn Sie suggerieren mit den 5 Millionen € für die Schutzwesten der Polizei und den Zitaten der GdP, dass unsere Polizei nicht ausreichend geschützt ist.

(Daniel Sieveke [CDU]: Genau das ist es doch, Frau Düker!)

Sie suggerieren mit diesem Änderungsantrag, dass es hier am Geld hapert, um unsere Polizei ausreichend zu schützen. Wider besseres Wissen schüren Sie hier Unsicherheit in der Bevölkerung. Das werfe ich Ihnen vor.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie wissen es ganz genau, dass im nichtöffentlichen Teil des Innenausschusses – und das, finde ich, ist das Perfide an Ihrer Strategie –

(Marc Herter [SPD]: So ist es!)

ausführlich über die Schutzmaßnahmen für unsere Polizei berichtet wurde.

(Gregor Golland [CDU]: Das Problem ist das Nichthandeln des Ministeriums!)

Sie wissen ganz genau, dass ich das hier nicht in öffentlicher Sitzung sagen darf, weil wir damit die Kolleginnen und Kollegen gefährden. Letztlich haben Sie im nichtöffentlichen Teil keine einzige Nachfrage gestellt, Herr Golland, weil am Ende der Debatte feststand, dass alles für unsere Polizisten getan wird, um sie ausreichend zu schützen.

(Gregor Golland [CDU]: Aber was passiert in der Realität?)

Wenn es Probleme gibt, sind es Lieferschwierigkeiten der Hersteller, aber es ist nicht ein Problem des Haushalts. Dieser enthält genug Mittel, um unsere Polizistinnen und Polizisten ausreichend auszustatten.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und noch bevor Sie diese Informationen – und das werfe ich Ihnen auch vor – im nichtöffentlichen Teil ganz kleinteilig bekommen haben, war Ihre Presseerklärung schon draußen, und Sie haben genau das Gegenteil in die Welt hinausposaunt.

(Zuruf von den GRÜNEN und der SPD: Pfui!)

Das ist perfide, weil Sie damit auch die Unsicherheit schüren. Das ist nicht nur schäbig, sondern auch unverantwortlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir müssen uns hier in Sachen innere Sicherheit nichts von Ihnen sagen lassen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Gregor Golland [CDU]: Das Thema war doch vorher schon bekannt!)

Eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dieser Einzelplan wie kein anderer von der Flüchtlingsthematik geprägt. Leider reicht meine Redezeit nicht aus – denn ich musste mich ein bisschen über Ihre Unverschämtheiten aufregen –, um hier meinen ursprünglich vorgesehenen Redebeitrag zu halten – wir haben auch noch das GFG zu besprechen – und ausführlich auf die Flüchtlingssituation einzugehen.

Auch hier möchte ich nur eines sagen: Das Land tut alles, um den Menschen, die hier ankommen, eine menschenwürdige Aufnahme zu gewährleisten. Das Land tut auch alles, um den Kommunen ein faires Angebot zu machen – die Verhandlungen laufen derzeit – und um eine auskömmliche Finanzierung für die Kommunen zu gewährleisten.

In diesem Haushalt stellen wir rund 4 Milliarden € für Flüchtlinge zur Verfügung. Herunterrechnet trägt der Bund davon weniger als 20 %. Das ist meiner Meinung nach keine faire Lastenverteilung. Deswegen wird über die Aufgaben- und Kostenverteilung bei dieser gewaltigen Aufgabe auf jeden Fall auf Bund-Länder-Ebene noch zu sprechen sein.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es gibt noch sehr viel mehr dazu zu sagen. Leider reicht meine Redezeit nicht aus. Aber es war mir ein wichtiges Bedürfnis, hier noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Land sich auch an dieser Stelle finanziell nicht vor der Verantwortung drückt. Jetzt ist einmal wieder der Bund am Zug. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Düker. – Nun spricht Herr Herrmann für die Piratenfraktion.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Dann werde ich einmal den Part übernehmen, über den anderen großen Teil des Einzelplans 03 zu sprechen.

Die Haushaltsberatungen sind dieses Jahr davon bestimmt, dass sich die Ausgaben für Flüchtlinge und die Folgekosten für Bildung, Bauen und Wohnen, innere Sicherheit, medizinische Versorgung und soziale Sicherungssysteme nur schwer kalkulieren lassen. Es erscheint deshalb etwas absurd, dass wir heute über Zahlen reden, die morgen schon wieder unrealistisch sein können. Jedoch soll uns das heute nicht daran hindern, in diesem Haushalt die Versäumnisse der bisherigen Planung aufzuarbeiten.

Wir müssen es einfach schaffen, weiter als nur bis zum nächsten Tag zu denken. Dazu benötigen wir eine nachhaltige und zukunftsorientierte Haushaltspolitik, die nicht nur die Kostenfrage des Flüchtlingszuzugs diskutiert, sondern die Integration von NRW-weit um die 200.000 Menschen als Neubürger und damit als Chance, aus der demografischen Falle zu kommen, und als Chance für einen Konjunkturaufschwung sieht.

Denn, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist es nicht so, dass mehr Menschen auch mehr Lasten tragen können? Hier schreit es doch geradezu nach neuen Rahmenbedingungen für die Konsolidierung der Landesfinanzen, aber dieser Haushalt bleibt dazu leider stumm.

Damit aber die Integration gelingt und die zu uns kommenden Menschen zu einem festen Teil von Nordrhein-Westfalen werden können, müssen wir natürlich Geld in die Hand nehmen; da stimmen wir alle überein, denke ich. Daher können wir auch den Entschluss der Landesregierung nur begrüßen, insgesamt 4 Milliarden € für Asylbewerber auszugeben und einen Kreditbedarf von 1,8 Milliarden € in der Ergänzungsvorlage zum Haushaltsplan 2016 festzulegen. Herr Kollege Zimkeit hat das heute Morgen einen Kraftakt genannt.

Natürlich, es wäre sicherlich einfacher, wenn der Bund einen viel höheren Anteil dieser Mittel beisteuern würde – da stimme ich mit Ihnen überein, Frau Düker –, nur verstehe ich nicht, warum Sie als Landesregierung mit dem Finger auf Berlin zeigen. Der geringe Anteil des Bundes ist doch Ihr schlechtes Verhandlungsergebnis. Sie haben sich doch schon im letzten Jahr Ihr Gewissen für 108 Millionen € abkaufen lassen, als Sie die europäische Freizügigkeit im Bundesrat begraben haben, und Sie haben der schärfsten Asylrechtsänderung seit 1993 den Weg geebnet.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wir?)

Denn neben dem Inhaftierungsgesetz namens „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und zur Aufenthaltsbeendigung“ wurde das Asylrechtsbeschleunigungsgesetz mit Ihren Stimmen verabschiedet. Und für diese Schande dürfen Sie auch noch 120 Millionen € mehr als Landesanteil bezahlen. Kompliment! Das ist ganz schlecht verhandelt. Das ist mal ganz richtig danebengegangen auf Kosten der Menschen in unserem Land.

(Beifall von den PIRATEN)

In Ihrem Haushalt schlagen sich die beiden Antiasylgesetze im Titel „Rückführungen“ mit insgesamt 17,9 Millionen € nieder. In der Ergänzungsvorlage haben Sie noch einmal 10,5 Millionen € für Rückführungen draufgelegt. Aus den Westbalkanlagern im Land erreichen uns dazu schlimme Berichte. Die Menschen, die mit vielen Hoffnungen und viel Arbeitswillen zu uns gekommen sind, haben Angst. Sie haben Angst, in die völlige Armut, ins Nichts abgeschoben zu werden.

Den Posten „Abschiebebeobachtung“ im Haushalt speisen Sie dazu mit 30.000 € ab. Bei den vorgesehenen Massenabschiebungen brauchen wir aber Kontrollen und Evaluierungen, inwieweit Ihre Erlasse Wirkung zeigen. Es ist schon die erste Nachtabschiebung von Familien vorgekommen. Wie werden denn in den Schnellverfahren die Sensibilisierungserlasse tatsächlich berücksichtigt? Das sollten und das müssen wir evaluieren.

Viel Geld fließt auch in die Kommunen, um deren Aufwendungen für die Versorgung der Geflüchteten zu decken. Das ist gut, und das ist richtig. Natürlich müssen alle Mittel des Bundes für die Kommunen ohne Abstriche durchgeleitet werden. Und natürlich muss das Land die Lücken für eine insgesamt auskömmliche Finanzierung der Lasten in den Kommunen füllen.

Dass aber bei den ganzen Mitteln, die da fließen, die Kommunen nicht verpflichtet werden, in menschenwürdige Unterbringung mit festgelegten Standards zu investieren, ist doch nicht nachvollziehbar. Seit mehr als zwei Jahren reden wir hier von einer Definition von menschenwürdigen Standards für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen, auch und gerade in den Kommunen.

Nach Burbach hat Frau Ministerpräsidentin Kraft einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik versprochen. Das war neun Monate, bevor die vielen Kriegsflüchtlinge in und um Syrien losgezogen sind, weil sie nichts mehr zu essen und keine Aussicht auf ein sicheres Überleben hatten. Aber es ist nichts passiert. Es kann doch nicht sein, dass „Konnextität“ immer als Universalargument bzw. Ausrede gegen jede Verbesserung angeführt wird, ganz davon abgesehen, dass seit Monaten ein Dach über dem Kopf und eine warme Suppe schon als große Leistung verkauft werden.

Wenn Sie, verehrte Landesregierung und Mitglieder der regierungstragenden Fraktionen ehrlich wären, dann müssten Sie zugeben, dass hier der Wille, vielleicht aber auch die Fähigkeit zu einem Paradigmenwechsel fehlt. Sie loben sich mit einer vorbildlichen Flüchtlingspolitik, lassen aber immer wieder viele Fragen und Handlungsmöglichkeiten offen.

Darauf zielt unter anderem unser Antrag für eine überregionale Koordinierungsstelle des mehrgliedrigen Beschwerdemanagements für Flüchtlinge. Sie haben diese wichtige Institution zwar angekündigt, jedoch in Folge zu diesem Thema geschwiegen. Wir erwarten jetzt, dass mit den eingestellten Mitteln unverzüglich das seit Monaten fertige Konzept umgesetzt wird. Oder gibt es in den 292 Unterkünften des Landes etwa Zustände, die Sie nicht öffentlich behandeln wollen? – Ich hoffe, nicht.

Apropos eingestellte Mittel: Dass im Haushaltsbereich „Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge“ viele Posten stark steigen, weil die Zahl der Asylbewerber stark steigt, ist verständlich. Das sollte aber für Softwarekosten nicht gelten. Für die Software AVU Asyl waren in 2015 zunächst 245.000 € und am Ende der Nachtragshaushaltskette dann 1,03 Millionen € eingestellt. Für diesen Haushalt sind wieder 1,7 Millionen € und, mit der Ergänzungsvorlage, nochmals 2,5 Millionen €, also insgesamt 4,2 Millionen €, vorgesehen, und das, obwohl die Software erstens bereits in diesem Jahr als fertig verkauft wurde und zweitens möglicherweise eingestampft werden muss, weil der Bund eine eigene Software auch für die Nutzung durch die Länder entwickelt hat und bereits festgestellt wurde, dass die Daten wahrscheinlich nicht kompatibel sind. – Was ist das für eine Verschwendung!

(Beifall von den PIRATEN)

Den weiteren Projektverlauf werden wir uns ganz genau angucken, und ich denke, Sie werden dann noch einiges zu erklären haben.

Ebenfalls genau angucken werden wir uns das weitere Aufblasen der Sicherheitsbehörden, das trotz gegenteiliger Beteuerung nach jedem Terroranschlag immer wieder passiert. Natürlich werden wir den auch schon in der Presse erwähnten Änderungsantrag, nochmals 25 neue Stellen für den Ver-

fassungsschutz zu schaffen, ablehnen. Kritikwürdig ist dabei vor allem der Ansatz, die Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger dazu nutzen zu wollen, mehr Ausgaben für mehr Überwachung und somit Repression zu veranschlagen, anstatt sich endlich einmal damit auseinanderzusetzen, ob diese Werkzeuge, die Sie da schaffen, überhaupt funktionieren und einen Sinn machen.

Sie, Herr Kruse, wollen unseren Innenminister anscheinend noch übertrumpfen. Hören Sie auf mit der Sicherheitshysterie, die Sie hier eben zum Ausdruck gebracht haben. Ihre Hysterie-Kompetenzzentren brauchen wir nicht, und Ihren Antrag lehnen wir sicherlich auch ab.

Meine Damen und Herren, schon mit dem ersten Nachtragshaushalt 2015 wurden die Mittel für den Bereich der Telekommunikationsüberwachung um 1 Million € erhöht. Nun sollen mit dem Entwurf für 2016 weitere 2,25 Millionen € in den Haushalt fließen, ganz zu schweigen von den notwendigen Investitionen, die die Telekommunikationsprovider und damit die Steuerzahler zahlen müssen. Die Wirksamkeit technischer Überwachungsmaßnahmen zur Extremismusbekämpfung ist nicht erwiesen, sie ist vielmehr zweifelhaft. Das ist Verschwendung. Sie füttern auf diese Weise die Überwachungsindustrie und glauben, Sie kaufen sich Sicherheit, dabei verkaufen Sie unsere Freiheit.

Das Geld wäre wesentlich besser aufgehoben, wenn Sie es in den Datenschutz und in Medienkompetenzschulungen stecken würden; denn wir können im Haushalt weiterhin keine Bestrebungen dafür erkennen, dass Sie für mehr Weiterbildungsangebote und Sensibilisierungsmaßnahmen Ihrer Beschäftigten im Bereich Datenschutz sowie ein Bewusstsein für Risiken bei Datenschutz und Datensicherheit und bei der IT-Sicherheit sorgen. Hier fehlt es immer noch an einem Handlungskonzept und an dem entsprechenden Budget.

In der Summe bleibt festzuhalten: Viel Geld wird ausgegeben, aber wenig nachhaltig, und eine perspektivische Planung für die Versorgung der Flüchtlinge fehlt. Stattdessen ist immer wieder mehr Geld vorhanden für mehr Überwachung und Kontrolle. Das bringt uns überallhin, nur nicht vorwärts. Daher lehnen wir diesen Haushaltsentwurf ab. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Herrmann. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Kutschaty in Vertretung für Herrn Minister Jäger.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Reden, die ich gerade von Herrn Kruse und Herrn Lürbke gehört habe, würde ich es einmal als eine ausge-

sprochen glückliche Fügung bezeichnen, dass heute der Justizminister den Innenminister in dieser Debatte vertreten darf.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nämlich versichern, dass der Rechtsstaat durch die nordrhein-westfälische Innenpolitik in keinsten Weise gefährdet ist.

(Lachen bei der CDU)

Die Innenpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung, insbesondere des nordrhein-westfälischen Innenministers, ist nämlich klug, vorausschauend und tut alles, um unseren Rechtsstaat zu sichern, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Oh! – Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Natürlich stehen wir vor großen Herausforderungen, aber genau diese Herausforderungen bilden sich, wie ich finde, auch sehr gut im Haushaltsentwurf 2016 ab. Sie sind deutlich gemacht in den Bereichen innere Sicherheit und Asyl.

Meine Damen und Herren, das Thema „innere Sicherheit“ stellt uns nicht erst seit den schrecklichen Ereignissen in Paris weiterhin vor ganz große Herausforderungen. Die nordrhein-westfälische Polizei ist hierfür gut gerüstet. In den Haushaltszahlen ausgedrückt heißt dies: Mehr als 2,96 Milliarden € werden mit diesem Haushalt für die Polizei in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt. Das sind nahezu 204 Millionen € mehr als im Haushalt 2015, und den Haushalt 2015 hatten wir, wie Sie wissen, mit dem ersten Nachtrag bereits aufgrund des Terroranschlags auf „Charlie Hebdo“ aufgestockt.

Von den 2,96 Milliarden € für die Polizei entfallen über 2,36 Milliarden € auf das Personal und rund 600 Millionen € auf entsprechende Sachmittel.

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, es ist gut und richtig, dass nicht nur in 2015, sondern auch in 2016 zusätzlich 250 Kommissaranwärterinnen und -anwärter ausgebildet werden. Unter Berücksichtigung dieser 250 zusätzlichen Einstellungsermächtigungen können wir im nächsten Jahr insgesamt 1.920 Nachwuchskräfte für die Polizei einstellen. Damit bleiben wir auf dem hohen Niveau des Jahres 2015. Dieses Jahr hatte bereits 1.892 Einstellungsermächtigungen vorgesehen. Das ist konsequent und angesichts der Herausforderungen für die Polizei in den verschiedensten Aufgabenbereichen im Augenblick auch richtig und wichtig.

Das Thema „innere Sicherheit“ betrifft neben der Polizei ganz wesentlich auch den Verfassungsschutz. Im ersten Nachtragshaushalt 2015 haben wir in diesem Hause bereits eine personelle Aufstockung des Verfassungsschutzes beschlossen. Aktuell liegt Ihnen ein Antrag der Koalitionsfraktionen

zu einer weiteren Verstärkung des Verfassungsschutzes vor. Ich glaube, hier im Hause herrscht parteiübergreifend Einigkeit, dass die Bekämpfung des extremistischen Salafismus und anderer Extrembewegungen wichtiger denn je ist. Zu diesen Maßnahmen gehören auch die Aussteigerprogramme im Rechtsextremismus und im Islamismus. Daher ist der Antrag der Koalitionsfraktionen, der auch in diesen Bereichen eine Aufstockung vorsieht, ausdrücklich zu begrüßen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer haushaltsmäßiger Schwerpunkt im Einzelplan 03, dem insbesondere die Ergänzungsvorlage Rechnung trägt, ist die Bewältigung der Flüchtlingssituation. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat zuletzt im August dieses Jahres eine Prognose zu den Flüchtlingszahlen bekannt gegeben, wonach nach damaliger Kenntnislage bis zu 800.000 Menschen in 2015 in die Bundesrepublik Deutschland einreisen werden. Heute wissen wir: Diese Zahl ist schon bei Weitem übertroffen worden.

Der Haushaltsentwurf für 2016, den wir in der ersten Jahreshälfte 2015 aufgestellt haben, war daher spätestens mit dieser Prognose zu überarbeiten. Die flüchtlingsbedingten Ausgaben sind in der Ergänzungsvorlage zum Entwurf 2016 demnach massiv aufgestockt worden. So haben wir alleine im Asylkapitel nunmehr Gesamtausgaben von mehr als 1,3 Milliarden €. Hierbei handelt es sich um Ausgaben für die Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge und ferner um Ausgaben für die Anmietung von Flüchtlingsunterkünften sowie für Baumaßnahmen zur Herrichtung weiterer Unterkünfte.

Ich hoffe, wir sind uns heute einig, dass wir alles dafür tun müssen, jedem Flüchtling auch eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten. Die Menschen aus den Krisengebieten dieser Welt, die bei uns um Asyl bitten, haben ein Recht darauf. Es ist nicht nur unsere gesetzliche Pflicht, sondern auch ein Gebot der Menschlichkeit, sie angemessen unterzubringen und mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen.

Daneben stellt die Flüchtlingspauschale einen ganz wichtigen Baustein zur Finanzierung der in 2016 anfallenden Ausgaben im Asylbereich dar. Insgesamt sind im Jahre 2016 als pauschale Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz 1,948 Milliarden € vorgesehen. Grundlage dieser Zuweisung ist das Angebot der Landesregierung an die kommunalen Spitzenverbände zur Umsetzung der Entlastungsmaßnahmen des Bundes. Danach wird die bisherige Pauschale für das Jahr 2016 auf 10.000 € pro Flüchtling aufgestockt. Außerdem wird der Kreis der Flüchtlinge um die Geduldeten erweitert. Das ist eine eindeutige Entlastung für die Kommunen in unserem Land.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Bewältigung der Flüchtlingssituation wird aber das Ministerium für Inneres und Kommunales und nahezu den gesamten Geschäftsbereich auch 2016 vor große Herausforderungen stellen. Dies können wir auch nur mit einer angemessenen Personalausstattung und einer Ausstattung aller weiteren beteiligten Behörden bewältigen.

Über die im Haushalt 2015 bereits erfolgten personellen Verstärkungen werden im Jahre 2016 mehr als 250 weitere Planstellen und Stellen eingerichtet. Davon gehen allein 170 in die bei den Bezirksregierungen für das Flüchtlingsthema zuständigen Fachdezernate und in die Unterbringungseinrichtungen. Sechs Stellen sind für das Aktionsprogramm KommAn-NRW bestimmt, zehn für die Berufs- und Zeugnisanerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und 20 für die Bearbeitung der Lehrpersonalien.

Meine Damen und Herren, weitere Planstellen sind für die Aus- und Fortbildungseinrichtungen und die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW vorgesehen. Die Fachhochschule muss sich nicht nur auf jeweils 250 zusätzliche Kommissaranwärterinnen und -anwärter der Einstellungsjahre 2015 und 2016 einstellen; auch im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst werden im Sommer 2016 insgesamt 50 zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung beginnen. Daher erhält auch die Fachhochschule neue Planstellen für Lehrende.

Stellenzuwächse – gerade für ein personalintensives Ressort, wie es das Ressort des Inneren und für Kommunales ist – werden auch immer kritisch gesehen. Aber die anstehenden Herausforderungen können nicht ohne Verstärkung bewältigt werden.

Die Bezirksregierungen nehmen als Bündelungsbehörden außerdem noch zahlreiche andere wichtige Aufgaben in den Geschäftsbereichen fast aller Ressorts wahr. Einige rufen nach einer Kompensation für die Mehrausgaben für Personal an anderer Stelle. Damit erweist man weder den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes noch den zu uns kommenden Flüchtlingen einen Dienst – und schon gar nicht den vielen Beschäftigten, die sich derzeit über alle Maßen in allen Bereichen sehr stark engagieren.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst, aber auch bei allen haupt- und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der verschiedenen Hilfsorganisationen für ihr hohes und keinesfalls selbstverständliches Engagement zu bedanken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein besonderer Dank gilt auch den Kommunen und ihren Beschäftigten. Sie haben das Land bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation auf vielfältige Weise unterstützt und tun dies auch heute noch in

großartiger Art und Weise. Dafür ein herzliches Dankeschön an die Kommunen!

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn ich es richtig verfolgt habe, geraten wir jetzt in den Wechsel zwischen Inneres und GFG. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle auch schon einige Worte zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 sagen. Die Mittel im Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 steigen nochmals um 713 Millionen € auf die Rekordsumme von nunmehr 10,38 Milliarden €.

Von dieser Steigerung profitieren natürlich alle Kommunen, sei es über die Schlüsselzuweisungen, die Investitionspauschalen oder sonstige Zuweisungen aus dem GFG.

Im Übrigen bleiben wir bei der vom Verfassungsgerichtshof und durch das FiFo-Gutachten bestätigten Systematik. Wir bleiben damit bei einer ausgewogenen Systematik zwischen solider Haushaltsplanung und finanzieller Unterstützung der Kommunen.

Auch wenn die Opposition gerne auf die 70 Millionen € Vorwegabzug für die Laufzeit des Stärkungspaktes schimpft, stellt dies keine zusätzliche Belastung für die Kommunen dar.

Im Gegenzug profitieren die Kommunen von der Erhöhung der Grunderwerbsteuer und seit der 2010 wieder eingeführten Beteiligung der Kommunen an vier Siebtel der Grunderwerbsteuereinnahmen. Wir sind und bleiben also ein verlässlicher Partner für die Kommunen. Durch unsere Vorgehensweise ermöglichen wir ihnen Planungssicherheit und eine Teilhabe am Wachstum. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Nettelstroth.

Ralf Nettelstroth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur besten Krimizeit um 21 Uhr wenden wir uns dem Höhepunkt des Tages zu, dem GFG. Denn in der Tat ist es das Thema, das uns am meisten beschäftigen muss. Den Kommunen kommt natürlich die größte Verantwortung zu.

(Beifall von der CDU)

Der Herr Minister hat eben darauf hingewiesen, dass wir gerade bei der Flüchtlingspolitik im Wesentlichen auf die Kommunen angewiesen sind.

Lassen Sie mich die wenige Zeit, die ich habe, noch nutzen, um auf ein paar Schwerpunkte einzugehen. Ich habe ja schon bei der ersten Lesung eine Vielzahl von Punkten angesprochen.

In der Tat wird das GFG besser ausgestattet. Im Endeffekt kommen gut 300 Millionen € mehr bei den Kommunen an. Aber, meine Damen und Herren, es reicht nicht. Das muss uns Sorge bereiten, denn in dieser Zeit, in der die Kommunen in Nordrhein-Westfalen Fehlbeträge von 1,5 Milliarden € erwirtschaften, die Schulden immer mehr werden, aber leider auch die Aufgaben immer mehr werden und das Geld, das zur Verfügung gestellt wird, im Verhältnis immer weniger wird. Diese Diskrepanz führt letztendlich dazu, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen immer mehr zurückfallen.

Das können Sie an mehreren Punkten festmachen. Sie können es festmachen an der Steuerentwicklung im Bereich der Gewerbe-, aber insbesondere auch der Grundsteuer. Ich will hier den Hinweis geben, dass in Bergneustadt im Moment über 1.250 Punkte diskutiert wird. Das ist sicherlich eine alarmierende Entwicklung. Wir wissen auch von anderen Kommunen, dass Vorratsbeschlüsse für entsprechende Grundsteuererhöhungen gefasst worden sind.

Auf der anderen Seite haben wir auch die Situation, dass Investitionen nicht mehr getätigt werden, die aber im Süden Deutschlands noch getätigt werden können, sodass sich die Infrastruktur dort immer besser darstellt, und unsere Infrastruktur immer weiter zurückfällt.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

Dieser Hebel geht immer weiter auseinander. Ein ganz großes Thema wird nämlich die Bewältigung der Flüchtlingsthematik sein, die im Wesentlichen durch die Kommunen zu tragen sein wird. Eine ganz wesentliche Frage wird dabei sein, ob hier nicht wieder eine zusätzliche Aufgabe von den Kommunen übernommen werden muss und das entsprechende Geld nicht in ausreichendem Umfang an die Kommunen weitergereicht wird.

Meine Damen und Herren, es wird eine ganz wesentliche Frage der nächsten Jahre sein, ob uns dieser Integrationsprozess gelingt. Damit meine ich einen weit gefassten Integrationsprozess, der über soziale Fragen hinausgeht, der auch bauliche Fragen betrifft und Fragen, wie eine Stadtgesellschaft das mit unheimlich viel Einsatz an Manpower und Kapital und Investitionsmitteln organisiert bekommt. Das ist in der Tat die entscheidende Frage für die nächsten Jahre.

Ich kann nur hoffen, dass das Land seiner eigenen Verantwortung gerecht wird und nicht immer auf den Bund zeigt, sondern auch die entsprechenden Mittel bereitstellt, um verantwortungsvoll für das Land Nordrhein-Westfalen mit den Kommunen umzugehen. Wir dürfen nicht immer die Letzten sein. Wir sind es leider immer, und der Abstand wird immer größer. Lassen Sie uns daran arbeiten, dass das geändert wird.

Wir werden diesem GFG daher nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Nettelstroth. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war gerade leider nicht so eindrucksvoll wie bei den Vorrednern. Die Kollegen Lürbke und Kruse haben ja ihren eigenen Fraktionen so viel Angst gemacht, dass sie bei Einbruch der Dämmerung weitestgehend den Saal verlassen haben. Trotzdem geht thematisch die Rocky Horror Picture Show weiter.

Lieber Herr Kollege Nettelstroth, Sie haben im Prinzip das Thema verfehlt. Wer hier beklagt, das Land würde zu wenig für die Kommunen tun, kennt die Zahlen nicht und hat ganz offensichtlich nicht den nötigen Mumm, hier Alternativen zur Abstimmung zu stellen. Anstatt sich hier aufzublasen, können Sie ja einen Änderungsantrag mit Deckungsvorschlägen stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Damit wären Sie angesichts der vielen anderen Forderungen, die wir eben gehört haben, sicherlich gut beraten. Dann würde sich nämlich die Glaubwürdigkeit Ihrer Politik auch einmal an Fakten und Zahlen messen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will an der Stelle – der Minister hat es betont – kurz auf die Höhe des GFG zu sprechen kommen, darauf, dass wir wieder eine Rekordeinnahme für die Kommunen haben, und darauf, dass das selbstverständlich mit der positiven Steuerentwicklung zusammenhängt. Das ist alles klar.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der CDU – ich grüße noch die wenigen verbliebenen FDP-Vertreterinnen und -Vertreter –, wir machen das anders als Sie seinerzeit. Sie haben nämlich auch eine Zeit guter Steuereinnahmen dazu genutzt, den Kommunen noch einmal tüchtig in die Tasche zu greifen. Sie haben die Kommunen mit Ausgleichszahlungen zugunsten des Landeshaushaltes belastet, und die Kommunen um ihren Anteil an der Grunderwerbsteuer behummst. Wir haben das richtiggestellt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Wenn Ihr Gedächtnis an dieser Stelle so kurz ist, muss es erlaubt sein, dass wir Ihnen da ein wenig Nachhilfe erteilen. Immerhin hieß der damalige Innenminister – Kommunalminister hieß er Gott sei Dank nicht mehr, was auch falsch gewesen wäre –

Ingo Wolf und war von der FDP. Von daher kann ich die Vorhaltungen an der Stelle kaum nachvollziehen.

Darüber hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, weise ich auch auf den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hin. Sie gehen darauf gar nicht mehr ein. Das ist klar. Wir haben nämlich einen Evaluierungsbericht. Ich zitiere daraus einmal wörtlich:

„Sicher ist allerdings, dass er“

– der Stärkungspakt –

„eine Trendwende bei der – bis zur Einrichtung des Stärkungspaktes katastrophalen – Haushaltsentwicklung der teilnehmenden Kommunen herbeigeführt hat: ‚Der Stärkungspakt Stadtfinanzen zeigt Wirkung‘.“

Das haben nicht wir aufgeschrieben, das hat das Gemeindeprüfungsamt aufgeschrieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich danke der Landesregierung ganz ausdrücklich dafür, dass sie auf Augenhöhe und fair mit der kommunalen Familie auch über eine bessere Beteiligung des Landes an den Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen arbeitet. Das ist auf einem guten Weg. Statt sich hier zu einem Rächer der Enterbten zu machen, sollten Sie sich an unsere Seite stellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und gemeinsam mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Bündnisgrünen dafür kämpfen, dass sich endlich der Bund in angemessenem Umfang an diesen Kosten beteiligt. Das wäre besser, als dass Sie hier Schauermärchen erzählen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist nun meine erste Rede als kommunalpolitischer Sprecher unserer Fraktion. In der Vorbereitung darauf fiel mir auf, dass es insbesondere bei den Debatten zum GFG – man könnte sagen – ein Traditionsbewusstsein gibt, wenn man an den Ablauf der Debatte denkt. Man könnte aber auch sagen: so eine Art ritualisierte Vergangenheitsbewältigung.

Ich bin insbesondere dem Kollegen Körfges sehr dankbar, dass er genau diese Erwartung auch gerade erfüllt hat. Schönen Gruß, Herr Körfges, mit wem auch immer Sie da gerade telefonieren.

(Beifall von der CDU)

Im Mittelpunkt, Herr Kollege Körfges, steht ja dann der Schwarze Peter. Das haben Sie auch gerade

wieder gezeigt: Mensch, unter Schwarz-Gelb war alles schlecht. Dann wird über den Verbundsatz gesprochen, der von der SPD runtergesetzt wurde, über die Befrachtung, die jetzt abgeschafft wurde von der SPD, aber ursprünglich von der SPD eingeführt wurde. Die Frage ist nur: Was haben denn eigentlich die Kommunen am Ende des Tages davon?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Mehr Geld als jemals zuvor!)

– Herr Körfges, da können wir sagen: nichts.

(Widerspruch von der SPD)

Von dem Zuschieben des Schwarzen Peters, Herr Kollege Hübner, haben die Kommunen erst einmal nichts. Herr Körfges, Lautstärke ersetzt auch Fakten nicht. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, die ich Ihnen gerne heute Abend mitgebe.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ist die kommunale Verschuldung 2005 bis 2010 angestiegen? Ja. Ist dieser Graph genauso weitergegangen? Ja, mit dem folgenden Unterschied: 2008/2009 Wirtschafts- und Finanzkrise, 2010 bis 2015 nie da gewesene historische Höchstennahmen. Das ist der wichtige Unterschied, den Sie an dieser Stelle vergessen haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wäre das ein Trend, den wir in ganz Deutschland sehen, könnte man noch sagen: Da gibt es noch andere Effekte, die mit reinspielen. Aber ein Blick in den Bertelsmann-Finanzreport hilft auch an dieser Stelle – Lesen bildet –: Das ist ein nordrhein-westfälisches Problem und damit ein Problem insbesondere Ihrer Landesregierung.

(Zurufe von der SPD)

Mit Blick auf das GFG insgesamt: Wir wissen, dass es trotz Rekord in seiner Gesamtdotierung nicht auskömmlich ist. Das hat unter anderem damit zu tun, dass wir nicht wissen – das haben die Freien Demokraten immer wieder kritisiert –, wie viel Geld die einzelnen Kommunen eigentlich wirklich brauchen.

Wie viel fehlt denn ganz genau? Wir haben kürzlich im Ausschuss eingefordert, auch wenn das GFG in sich logisch aufgebaut ist, mal zu gucken: Wo liegt eigentlich genau der Bedarf? In welche Richtung müssen wir gehen? Was ist der echte Bedarf einer Normkommune? Was müsste da gezahlt werden? Was ist ein vernünftiger Korridor auch für freiwillige Aufgaben, die, wie wir wissen, das Leben in einer Kommune auch lebens- und liebenswert machen?

Und das möchten wir gerne – ich sage das, weil Sie, Herr Körfges, gerade unsere Vorschläge angemahnt haben – in eine dynamische kommunale Mindestfinanzausstattung überführen. Wir haben das im letzten Kommunalausschuss unter dem

Schwerpunkt des demografischen Wandels diskutiert. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt.

Vor dem Hintergrund, dass Sie in der Diskussion im Ausschuss nicht einmal mit zwei Worten inhaltlich darauf eingingen, stellen Sie sich hierhin und sagen: Sie machen ja gar keine Vorschläge. – Das ist mindestens frech, um es ganz vorsichtig irgendwie auszudrücken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Finanzmasse im GFG ist insgesamt nicht auskömmlich. Wir sehen es an der gesamten Finanzentwicklung. Die genauen Bedarfe sind leider weiterhin unklar. Hier müssen wir unbedingt Licht ins Dunkel bringen, und die Verteilung innerhalb des GFG gehört dringend auf den Prüfstand. Wir haben ganz viele Ungleichgewichte an dieser Stelle, die es zu beheben gibt. Diesem GFG stimmen wir so nicht zu.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als letzte Rednerin des heutigen Tages macht es mir ganz besonderen Spaß, die frohen Botschaften, die eben hier verkündet wurden, noch einmal zu betonen. Rot-Grün stellt den Kommunen im nächsten Jahr über das Gemeindefinanzierungsgesetz rund 10,4 Milliarden € zur Verfügung. Das ist ein neuer Rekordwert. Das sind mehr als 700 Millionen € Steigerung gegenüber 2015.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Höne, wenn das für Sie nichts ist, dann empfehle ich Ihnen, sich noch einmal die Grundrechenarten anzuschauen. Vielleicht kommen Sie dann zu einem anderen Ergebnis. Im Übrigen liegt das, dass wir diese Mittel zur Verfügung stellen können, nicht nur an den sprudelnden Steuereinnahmen, wie Herr Nettelstroth das gerne in den Vordergrund stellt, sondern zum großen Teil auch an der kommunalfreundlichen rot-grünen Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU)

Ich nenne Ihnen gerne noch ein paar Punkte: Da ist zunächst die Grunderwerbsteuer, die Sie von der Opposition so gerne geißeln. Nachdem Schwarz-Gelb sie gestrichen hatte, haben wir die Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer wieder eingeführt.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Alleine das beschert den Kommunen schon ein Plus von 500 Millionen €. Mit 23 % haben wir den höchsten Verbundsatz in Deutschland. Im Vergleich hinkt Bayern da mit 12,75 % hinterher.

(Anhaltende Zurufe von der CDU)

Ich drücke es mal in Zahlen aus. Das bedeutet, dass im Jahr pro Einwohner Bayern 360 € zur Verfügung stellt, während das in Nordrhein-Westfalen 477 € sind, also deutlich mehr.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin!

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE):
Nein, ich möchte das jetzt zu Ende führen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das ist Ihre Entscheidung.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Wer die Erhöhung des Verbundsatzes dann auch noch, wie man teilweise aus den Reihen der Opposition hört, auf 28 % fordert, der sollte dann auch sagen, wie das finanziert werden soll. Immerhin würde das eben noch einmal schlappe 2,5 Milliarden € mehr im Landeshaushalt ausmachen. Aber die Opposition reduziert ihr politisches Handeln auf das Anmahnen einer noch sparsameren Haushaltspolitik einerseits und die Forderung von Mehrausgaben andererseits.

Ungeachtet Ihrer früheren Taten stellen sich heute CDU und FDP als vermeintliche Anwälte der kommunalen Interessen dar. Eine Bedarfsanalyse der kommunalen Aufwendungen – Herr Höne, Sie haben es eben noch einmal ausgeführt – soll die Grundlage des Finanzausgleichs sein wie in Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Danach werden zur Ermittlung des erforderlichen Finanzbedarfs die mittleren Aufwendungen der Kommunen zugrunde gelegt, höhere Aufwendungen gekappt. Eine Beteiligung in wirtschaftlich guten Zeiten an wachsenden Steuereinnahmen erfolgt dabei nicht. Die kommunalen Sparerfolge, Steuermehreinnahmen oder Entlastungseffekte des Bundes werden zeitnah vom Land abgeschöpft, so wie es in Sachsen-Anhalt passiert. Die Kommunen verbleiben dann dauerhaft in Mindestausstattungen.

Das machen wir hier anders. In Nordrhein-Westfalen werden die Kommunen über das Verbundquotenmodell an wachsenden Steuereinnahmen beteiligt. Da müssen wir den Vergleich mit anderen Bundesländern wahrhaftig nicht scheuen.

Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist kommunalfreundlich und fair.

(Beifall von der SPD)

Es ist deshalb kommunalfreundlich, weil die Mittel so hoch sind wie noch nie.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Es ist deshalb fair, weil die Verteilung nach Kriterien erfolgt, die objektiv und nachvollziehbar sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche allseits noch einen schönen Abend.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zurufe: Oh!)

– Ja, das ist schade. Aber auch so schöne Debatten gehen mal dem Ende zu. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/10386**. Ich darf fragen, wer diesem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen möchte. Den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag Drucksache 16/10386 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt** worden ist.

Ich lasse zweitens abstimmen über den zweiten **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/10387**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/10387 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt** worden ist.

Ich lasse drittens abstimmen über den Einzelplan 03. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10503, den Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Wer möchte das nicht tun und stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der **Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion **in zweiter Lesung angenommen** worden ist.

Ich darf darauf hinweisen, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 Drucksache 16/9302 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache

16/10517 morgen abgestimmt wird. Ebenso werden wir dann über die Rücküberweisung zur dritten Lesung abstimmen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 13 Landesrechnungshof

Ich darf hinweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10513**.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Einzelplan 13 kommen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10513, den Einzelplan 13 – Landesrechnungshof – unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der **Einzelplan 13 in zweiter Lesung** mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Fraktionen einstimmig **angenommen** worden ist.

Wir kommen zum:

Einzelplan 01 Landtag

Ich darf auch hier verweisen auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10501**.

Bekanntlich ist auch zu diesem Einzelplan eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, diesen Einzelplan 01 unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass der **Einzelplan 01** mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion **in zweiter Lesung angenommen** worden ist.

Wir kommen zum:

Einzelplan 16 Verfassungsgerichtshof

Auch hier verweise ich wieder auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10516**.

Wiederum ist eine Debatte heute nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Einzelplan 16 unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich ein Kollege? –

Dann stelle ich fest, dass der **Einzelplan 16** mit den Stimmen aller Parlamentsfraktionen **in zweiter Lesung** einstimmig **angenommen** worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterbrechen an dieser Stelle die Haushaltsberatungen und führen sie morgen fort, aber nicht wie ursprünglich vorgesehen unter TOP 1, sondern unter TOP 2, weil wir morgen noch eine Unterrichtung bekommen. Wir werden dann die Debatte mit dem Einzelplan 02 fortsetzen.

Damit sind wir – wenn auch etwas später als ursprünglich gedacht – am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für morgen, Freitag, 4. Dezember, 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen Abend.

Die Sitzung des Landtags ist geschlossen.

Schluss: 21:22 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.